



VEREIN DEUTSCHER METALLHÄNDLER E.V.  
BUNDESVERBAND DES  
NE-METALLGROSSHANDELS UND DER  
NE-METALLRECYCLINGWIRTSCHAFT

## PRESSE - INFORMATION

7. Mai 2004 (*Sperrfrist 13 Uhr*)

VDM Mitgliederversammlung in Leipzig

### **VDM warnt vor einer weiteren Verschlechterung der Rahmenbedingungen**

Vor einer weiteren Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Metallwirtschaft warnte der VDM-Vorsitzende Hans P. Münster auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung des Vereins Deutscher Metallhändler e.V. (VDM) am 7. Mai 2004 in Leipzig. „Die bürokratischen Belastungen für deutsche Unternehmen sind in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen und nehmen unseren mittelständischen Unternehmen jede Luft zum Atmen“, betonte Münster. Er verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass zahlreiche Betriebe in den letzten Monaten aufgegeben hätten weil die Kosten nicht mehr darstellbar gewesen seien.

„Problem sind neben den oft erwähnten Lohn- oder Lohnnebenkosten auch der durch bürokratische Regularien verursachte große Kostenblock“, erklärte der VDM-Vorsitzende. So müssten oft Umweltvorschriften eingehalten werden, die für klassische Beseitigungsabfälle durchaus berechtigt seien, aber im Bereich der knappen und hochwertigen Sekundärrohstoffe keinen Sinn machen. „Das Grundübel liegt in der Einbeziehung der Sekundärrohstoffe in den Abfallbegriff und damit in die Abfallwirtschaft“, betonte er, dies habe sich nachweislich nicht bewährt und müsse revidiert werden.

Der Gesetzgeber formuliere neue Gesetze und Verordnungen meist viel zu pauschal ohne auf die Gegebenheiten in den einzelnen Branchen Rücksicht zu nehmen. Als Beispiel führte er das geplante Formblatt über grenzüberschreitende Abfalltransporte nach grüner Liste in Europa an. „Künftig muss dann jede grenzüberschreitende Kupferschrottlieferung innerhalb der EU mit einem

neuen Formblatt der zuständigen Behörde angezeigt werden. Das macht umweltpolitisch keinen Sinn sondern schraubt nur die Kosten weiter nach oben“. Münster betonte, das die Kupferpreise an der Londoner Metallbörse derzeit um 3.000 Dollar schwanken. Gedanken, man müsse die Handelsströme des Rohstoffes Kupferschrott aus Umweltgesichtspunkten überwachen, seien nicht zielführend. Erforderlich sei eine nationale und europäische Rohstoffpolitik, welche die Erfordernisse und Möglichkeiten der metallherzeugenden und metallverarbeitenden Industrie sowie des Handels berücksichtige.

Große Sorgen bereitet der Branche auch das geplante neue Chemikalienrecht, wonach alle in der EU hergestellten oder in die EU eingeführten Stoffe bei einer EU-Behörde mit großen Aufwand angemeldet werden müssen. Sollte das neue Recht in der bisher vorgesehenen Form umgesetzt werden, müssten auch alle Metalle dieses kostenintensive Anmeldeverfahren durchlaufen. Experten rechnen pro Anmeldung mit Kosten um 30.000 Euro. Dies sei für viele mittelständige Unternehmen das Todesurteil. „Unsere Metalle und Legierungen sind seit Jahrhunderten, teilweise seit Jahrtausenden, bekannt. Das neue Chemikalienrecht belastet im Bereich die Unternehmen der Metallwirtschaft ohne auch nur eine neue Erkenntnis für den Umwelt- oder Gesundheitsschutz hervorzubringen“. Münster appellierte an die Bundesregierung das Brüsseler Vorhaben zu verhindern.

Ungemach komme aber auch aus anderen Bereichen. So seien die Basel 2 Vorgaben zur Kreditvergabe schon heute bei allen Banken Tagesgeschäft. Der Mittelstand habe es deshalb heute unendlich schwer erforderliche Gelder zu annehmbaren Konditionen zu erhalten. Während das Deutsche Wirtschaftswunder zu Zeiten Ludwig Erhards nicht zuletzt auch auf dem Engagement und der Risikobereitschaft der Banken beruht habe beschneide man den Kreditinstituten heute einen großen Teil ihrer Entscheidungsfreiheit.

Auch der Beitritt der zehn neuen EU-Staaten zum 1. Mai 2004 könnte die Rahmenbedingungen der Branche weiter verschlechtern. Die Märkte in Europa können nur dann ihre Kräfte entfalten, wenn die Rahmenbedingungen in allen Mitgliedsstaaten annähernd gleich seien. Bedingt durch unübersichtliche und lange Übergangszeiten, unterschiedliche Steuersätze und Investitionszuschüsse in den Beitrittsländern bestehe die Gefahr, dass sich ein großer Teil der Recyclingwirtschaft nach Osten verlagere, befürchtet der VDM.